

329/AB XXIV. GP

Eingelangt am 26.01.2009

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Unterricht, Kunst und Kultur

Anfragebeantwortung

Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und Kultur



Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: BMUKK-10.000/0258-III/4a/2008

Wien, 22. Jänner 2009

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 394/J-NR/2008 betreffend Stellungnahme Bregenzer Festspielpräsident Günther Rhomberg zur Kunst- und Kulturpolitik der neuen Bundesregierung, die die Abg. Mag. Heidemarie Unterreiner, Kolleginnen und Kollegen am 4. Dezember 2008 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 bis 20:

Ich achte die kritischen Aussagen des Bregenzer Festspielpräsidenten, Herrn DI Günter Rhomberg als Ausdruck seines großen Engagements für die zeitgenössische Kunst und Kultur unseres Landes und habe daher Verständnis für seine Äußerungen.

Ich kann Ihnen versichern, dass sich die gesamte Bundesregierung zu Österreichs Identität als Kunst- und Kulturnation bekennt; das Kapitel zu „Kunst und Kultur“ im Regierungsprogramm definiert nicht nur Arbeitsvorhaben meines Ressorts, sondern ist ein klares Bekenntnis der gesamten Regierung. Ich zitiere den ersten Absatz daraus: „Der Erhalt und Ausbau der kulturellen Vielfalt und eines offenen kulturellen Klimas, die besondere Förderung des zeitgenössischen Kunstschaffens und der kulturellen Partizipation sind für die Bundesregierung zentrale kulturpolitische Aufgaben. Unser Ziel ist es dabei, möglichst vielen Menschen die Teilhabe an der Wissens- und Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts zu ermöglichen.“

Den tausenden Beschäftigten im Kunst- und Kulturbereich wird sicherlich nicht mit Ignoranz, sondern vielmehr mit Achtung und Wertschätzung begegnet.

Anlässlich der bevorstehenden Budgetverhandlungen werde ich mich mit großem Engagement für weitere Mittel für Kunst und Kultur einsetzen, die die bereits jetzt zugesicherten jährlichen Budgeterhöhungen von jeweils 20 Mio. Euro wesentlich verbessern sollen. Zusätzlich sollen Investitionen in die kulturelle Infrastruktur getätigt werden, die außerhalb des Kunstbudgets, im Rahmen des Konjunkturpakets, verbucht werden.

Die Bundesministerin:
Dr. Claudia Schmied eh.